

## **Integration mit Rechten und Pflichten**

LABg. Vahide Aydin zur Regierungserklärung, Landtags Sitzung 4. 11. 09

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr verehrte Mitglieder des Landtags!

Es ist mir eine Ehre, heute meine erste Rede als Landtagsabgeordnete zu halten. Dass ich das hier tun kann, ist all jenen zu verdanken, die in unserer Gesellschaft ein friedvolles Zusammenleben wünschen, ohne dass gegen bestimmte Gruppen gehetzt wird. Die Gesellschaft spalten bringt uns nicht weiter, sondern schürt nur Hass. Und dies ist das letzte, was wir alle brauchen können. Es darf nicht sein, dass auf dem Rücken von Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben und sich um die Teilhabe in der Gesellschaft bemühen, die rassistische Keule geschwungen wird.

Erstaunlicherweise werden immer in der Rezession oder in einer Krise, wo Menschen um ihren wirtschaftlichen und sozialen Status fürchten, Sündenböcke gesucht. Die letzten an der Aufstiegsleiter der Gesellschaft werden für die Misere verantwortlich gemacht. Ich finde es hoch an der Zeit, dass ein Integrationsausschuss installiert worden ist.

Das ist wichtig und richtig, wird aber auf Dauer nicht genügen. Eine Integrationsabteilung in der Landesregierung wäre dringend notwendig. Vorarlberg hat, wie Kenan Güngör in der letzten Integrationskonferenz eindrücklich belegt hat, 20 Jahre versäumte Integrationspolitik nachzuholen.

Dass der Landtag einen Integrationsausschuss einrichtet, ist dennoch ein wichtiges Signal. Es bedeutet, dass der Landtag gewillt ist, sich ernsthaft und konsequent mit Fragen des Zusammenlebens zu beschäftigen. Der Ausschuss sollte sich vor allem mit dem Begriff Integration auseinandersetzen. Integration wird oft mit Assimilation verwechselt oder vermischt.

Der Begriff Integration ist vieldeutig. Daher ist es sehr wichtig, dass sich die Politik auf eine Definition einigt, damit die unterschiedlichen Vorstellungen dieses Begriffes einen gemeinsamen Nenner bekommen. Es darf nicht sein, dass man von Integration spricht, aber Assimilation meint. Ob die Mehrheit von den Zuwanderern die vollkommene Anpassung und Aufgabe ihrer Identität erwartet oder ob sie Integration als beidseitigen Prozess begreift, macht einen entscheidenden Unterschied.

Es muss einen ständigen Dialog geben. Die Maßnahmen, die greifen sollen, müssen mit den betroffenen Menschen besprochen und an ihre Möglichkeiten angepasst werden. Aus Sicht der Zuwanderer stellt sich das Problem sehr oft so:

Du wirst gar nicht gefragt, wie und wo du dich heimisch fühlst. Es wird für dich entschieden. Wir brauchen eine Integration mit Rechten und Pflichten für beide Seiten. Diese müssen auch klar benannt werden.

In den Bereichen Sprachförderung für Kleinkinder, Bildung, Jugend und Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Freizeit und Vereine müssen Maßnahmen erarbeitet und Schritt für Schritt umgesetzt werden. In allen diesen Bereichen müssen wir uns ansehen, wo die Probleme sind, und dürfen keine Mühe scheuen, sie konkret und pragmatisch anzugehen. Für mich ist die frühe Sprachförderung eines der wichtigsten Themen. Hier brauchen wir flächendeckende Angebote.

Integration ist kein gemütliches Multikultifest. Integration ist ein oft schwieriger und problematischer, gesamtgesellschaftlicher Prozess des Zusammenwachsens. Die dabei auftretenden Probleme dürfen weder benutzt werden, die Diskriminierung zu legitimieren und fortzusetzen, noch dürfen sie tabuisiert werden. Sie müssen benannt und besprochen werden. Gemeinsam muss auf sachlicher Grundlage nach Lösungsansätzen gesucht werden. Alle Seiten müssen ihren Beitrag dazu leisten, wenn Integration gelingen soll.

Ich würde mir wünschen, dass alle Parteien Interesse an einer gelingenden Integration haben, denn das kommt unserer Bevölkerung und der ganzen Gesellschaft zu Gute. Die Politik muss in der Frage der Integration eine Vorbildfunktion haben.

Wir müssen den Eltern positiv funktionierende Beispiele geben. Ich erwähne bewusst mein Beispiel, wie ich meine Kinder zweisprachig erzogen habe und erziehe. Mein Gatte und ich teilen uns die Sprache - ich bin die Bezugsperson, die deutsch spricht und repräsentiert, mein Gatte spricht mit unseren Kindern türkisch. Das funktioniert sehr gut. Die Kinder können schnell und problemlos zwischen den Sprachen hin und her switchen.

Es ist besonders wichtig, die Eltern darüber aufzuklären, dass Kinder sehr früh in der Lage sind, mit mehr als einer Sprache aufzuwachsen. Allerdings müssen sie die erste Sprache möglichst gut beherrschen, dann ist die Zweitsprache kein Problem. Dabei muss die Erstsprache nicht unbedingt die Muttersprache sein. Die zweite Elterngeneration spricht sie oft nicht wirklich gut. Die Erstsprache kann auch Deutsch sein.

Bei meinen Kontakten mit Zuwandererfamilien Eltern sage ich immer wieder und werde es auch weiterhin sagen, wie wichtig die deutsche Sprache für die berufliche Zukunft ihrer Kinder ist und dass sie alle Angebote nützen sollen, damit ihre Kinder gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt und an weiterführenden Schulen haben. Alle Kinder sind Teil unserer Gesellschaft. Damit sie auch gleichberechtigt teilhaben können, brauchen sie die Sprache.

Es ist wichtig, dass es so genannte Sprachinseln für die Kinder gibt, auch wenn zu Hause nur eine Sprache gesprochen wird. Kontakte zu den deutschsprachigen Kindern müssen geknüpft werden, zum Beispiel durch Freundschaften, welche im Kindergarten und in der Schule geknüpft werden. Die Kinder sollen in die Vereine, die dem Kind entsprechen, geschickt werden. Dies kann nicht nur für die Sprache, sondern auch für das Selbstbewusstsein des Kindes sehr förderlich sein.

Damit dies möglich wird, müssen die Bedingungen verbessert werden, vor allem durch systematische Förderung in den Kindergärten.

Es müssten mehr Pädagoginnen und Pädagogen, mehr qualifiziertes Personal für unsere Kindergärten und Schulen geben. Eines halte ich für besonders vordringlich: dass endlich auf Punkt und Komma erhoben wird, wie das mit den Sprachproblemen wirklich aussieht. Niemand weiß, wie viele Kinder in der ersten Klasse Volksschule tatsächlich so schlecht Deutsch können, dass sie dem Unterricht nicht folgen können. Solange wir das nicht wissen, können wir keine zielführenden Maßnahmen festlegen. Und diese Unklarheit spielt den Rechten in die Hände, die einfach behaupten, der Großteil der türkischstämmigen Kinder könne nicht Deutsch. Das Problem ist zu sensibel für Mutmaßungen und Glauben, wir brauchen Klarheit.

Ein großes Problem sind die nicht gerade berauschenden Zukunftsperspektiven für Jugendliche mit migrantischem Hintergrund, wobei anzunehmen ist, dass das auch mit der mangelhaften Ausbildung zusammenhängt. Diese Jugendlichen sind so etwas wie eine „verlorene Generation“, die herumhängt und nicht wirklich weiß, wie es weitergehen soll.

Das ist ein Problem, an dem man verzweifeln könnte. Es gibt große Bildungs- und Qualifikationslücken bei Zuwanderern und ihren Kindern. Viele dieser Jugendlichen haben keinen oder einen schlechten Pflichtschulabschluss.

Andererseits hat gerade kürzlich die OECD wieder festgestellt, dass MigrantInnen auch bei gleicher Qualifikation benachteiligt werden. Der Grund, so vermutet die OECD, ist, weil man von ihnen keine höhere Qualifikation erwartet.

Die Probleme von Jugendlichen als Ausdruck ihrer Integrationsunwilligkeit zu interpretieren und als einziges Mittel mit Sanktionen zu drohen, ist keine Lösung und wird nichts bringen als Konflikte. Zielführender wäre es, an diese Jugendlichen heranzutreten und zu schauen, warum Maßnahmen wie Streetwork nicht greifen oder was es noch braucht. Diese Jugendlichen müssen die Möglichkeit bekommen, Pflichtschulabschlüsse nachzuholen, um sich in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Solche Jugendlichen sind orientierungslos und identitätslos. Sie sitzen im wahrsten Sinne des Wortes zwischen zwei Stühlen. Zur Mehrheitsgesellschaft gehören sie nicht wirklich und im Herkunftsland ihrer Eltern sind sie auch fremd. Mit Unterstützung können sie Zukunftsperspektiven entwickeln und einen Sinn in ihrem Leben erkennen.

Ich verstehe mich als Brückenbauerin zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Minderheiten, zwischen InländerInnen und ZuwandererInnen, egal woher sie gekommen sind. Es ist für mich vollkommen klar, dass für ein konstruktives Zusammenleben Offenheit auf beiden Seiten nötig ist.

Ich halte es auch für meine Aufgabe dazu beizutragen, dass Diskussionen über die wesentlichen Fragen unserer Gesellschaft auch unter den MigrantInnen stattfinden. Demokratie braucht das Umstrittene, die Kontroverse. Ich bringe meine Sicht der Dinge und meine Werte in die Debatte ein. Besonders wichtig ist mir soziale Gerechtigkeit, ein faires Zusammenleben und die Einhaltung der Menschenrechte.

Die große Mehrheit der ZuwanderInnen will in unserem Land leben, hier heimisch werden. Denen müssen wir auch unser Augenmerk schenken. Das sind positive Beispiele, die uns allen zeigen, dass Integration auch ohne Sanktionen funktioniert und stattfindet. Es gibt eine kleine Minderheit von Zuwanderern, die unter sich bleiben wollen. Da müssen wir eruieren, welchem politischen und religiösen Hintergrund sie angehören. Wenn diese Ideologien mit unserem demokratischem Verständnis nicht übereinstimmt, dann muss man ihnen klar und deutlich sagen, dass in Österreich die staatlichen Regeln gelten und nicht die Scharia oder irgendeine politische Ideologie. Bei Zuwanderern und unter Einheimischen gibt es demokratisch gesinnte, tolerante, offene, kontaktfreudige. Und es gibt in beiden Gruppen das Gegenteil. Wir sind alle Menschen.

Als Landtagsabgeordnete in einer kleineren Partei reicht es aber nicht aus, nur ein Thema zu bearbeiten. Das Thema Integration ist zwar äußerst wichtig und wird uns alle in den kommenden Jahren sehr beschäftigen. Es ist nahe liegend, dass ich mich auf Grund meiner Geschichte und Herkunft vor allem diesem Bereich widmen werde. Dennoch möchte ich nicht nur auf das Thema Integration reduziert werden. Ich bin bei den Grünen für sozialpolitische Fragestellungen zuständig, für Familienpolitik, für Jugend und für Menschen mit Behinderung.

Gerade in der Familienpolitik spielt die Chancengerechtigkeit eine besondere Rolle, da die Familie die wichtigste soziale Einheit und das Fundament der Gesellschaft ist. Kinder haben ein Anrecht auf beide Elternteile. Die größte politische Herausforderung in der Gesellschaftspolitik ist die Neuverteilung von Arbeit. Erwerbsarbeit und Familienarbeit müssen gerechter zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden, zugunsten aller.

Hauptaugenmerk des Landes muss einer aktiven Beschäftigungspolitik für Jugendliche gelten. Die Berufchancen der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien dürfen nicht verbaut werden. Die Jugend trägt wesentlich zum Gelingen oder Scheitern unserer künftigen Gesellschaft bei.

Gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen ist ein Grundrecht von Menschen mit Behinderung. Technische Barrieren im öffentlichen Raum sowie die Behinderung der beruflichen Integration sind abzubauen.

Ich freue mich auf spannende Auseinandersetzungen zu allen diesen Fragen in diesem hohen Haus. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

.